

Der Historiker und NS-Forscher Jens-Christian Wagner, 57, ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Weimar.

VON FREDERIK SCHINDLER

WELT: Herr Wagner, AfD-Chefin Alice Weidel sagte am Sonntag im ARD-Sommerinterview, dass sie im Gegensatz zu ihrem Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla im Mai nicht an einem Empfang in der russischen Botschaft in Berlin zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs teilgenommen habe, da sie die „Niederlage des eigenen Landes“ nicht „mit einer ehemaligen Besatzungsmacht“ habe feiern wollen. Wie bewerten Sie das?
JENS-CHRISTIAN WAGNER: Das ist klassischer Geschichtsrevisionismus, wie wir ihn seit den 1950er-Jahren aus der extremen Rechten kennen. Mit einem solchen Geschichtsbild zeigt man keinerlei Bereitschaft, sich gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland abzugrenzen und deutlich zu machen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus war. Weidel deutet ihn um in einen Tag der Niederlage.

Was bedeutet es, wenn Weidel in Bezug auf das Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus von der „Niederlage des eigenen Landes“ spricht?

Der Tag der Kapitulation des Deutschen Reiches war eine militärische Niederlage, aber eben gleichzeitig auch die Befreiung vom Nationalsozialismus. Davon hört man bei Weidel aber überhaupt nichts. Im Gegenteil: Sie macht die Sowjetunion einseitig zur Besatzungsmacht und nimmt damit eine Schuldumkehr vor. Es hätte keine Besatzungsherrschaft gegeben, wenn Deutschland nicht den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hätte.

In den 1980er-Jahren waren es auch prominente Unionspolitiker wie Alfred Dregger (CDU) und Franz Josef Strauß (CSU), die die Charakterisierung als „Tag der Befreiung“ für „einseitig“ hielten und kritisierten. Man gehe damit über den „Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten“ hinweg. Tatsächlich wurden diese Geschichtsbilder aus den 1950er-Jahren von der sogenannten Stahlhelm-Fraktion der Union noch in den 80er-Jahren vertreten. Allerdings war es mit dem damaligen

Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auch ein CDU-Politiker, der 1985 deutlich gemacht hat, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist und das NS-Regime ein Terrorregime war. Das war seither ein geschichtspolitischer Grundkonsens in der Bundesrepublik. Diesen Grundkonsens verlassen führende Politiker der AfD.

Weizsäcker sagte in seiner berühmten Rede zu 40 Jahren Kriegsende auch,

Sollte man sich in Bezug auf die Besetzung Deutschlands nicht auch mit sowjetischem Unrecht auseinandersetzen? Selbstverständlich, aber nicht mit dem Zweck, um von deutschen Verbrechen abzulenken. Die Ursache von Unrecht bei Vertreibung und deutscher Teilung ist der deutsche Raub und Vernichtungskrieg. Der Krieg wurde von Deutschland begonnen, in den besetzten Gebieten der Sowjet-

ten an der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg“ seien erfolgreich „aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht“, behauptete sie damals.

Der Begriff gehört zum propagandistischen Standardrepertoire der extremen Rechten und diskreditiert eine aufgeklärte Auseinandersetzung der Deutschen mit der Verbrechen-Geschichte des Nationalsozialismus als eine Haltung, die darin bestehe, sich immer nur in der eigenen Schuld zu suhlen und nationale Erregungenschaften hinter der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verschwinden zu lassen.

Der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl im kommenden Jahr, Maximilian Krah, äußerte sich kürzlich ebenfalls zur deutschen Vergangenheit. „Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher“, sagte er in einem TikTok-Video. Seine jungen Zuschauer forderte er auf, herauszufinden, „was Oma und Opa, Uroma und Uropa gemacht haben, was sie gekämpft und gelitten haben“. Die Verbrechen der Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus erwähnt Krah mit keinem Wort.

Das ist noch schlimmer. Das ist dumpfer Nationalismus, pure Verharmlosung des Nationalsozialismus und geht sogar in die Richtung der Verleugnung von NS-Verbrechen. Die AfD hat zuletzt immer mehr die Fassade fallen lassen. Krah postuliert eine drastische Absage an alles, was wir in Deutschland an liberaler Erinnerungskultur haben. Wir erleben in der mühsam aufgebauten Erinnerungskultur einen Hangrutsch. Das macht mir große Sorgen.

Kann man das Video nicht auch als Kritik an einer Verkürzung der deutschen Geschichte auf den Nationalsozialismus sehen?

Zu einer reflexiven Erinnerungskultur gehört es dazu, alle Facetten der Geschichte zu betrachten. Zur deutschen Geschichte gehört der Zivillisationsbruch des Holocausts untrennbar hinzu, was auch die Geschichte des deutschen Kolonialismus oder Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg. In der Geschichte der Bundesrepublik war die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen immer unsere ethische und politische Richtschnur für unsere demokratischen Aushandlungsprozesse und für die humane Grundausrichtung unserer Gesellschaft. Das über Bord zu werfen, zeigt, was Krah von humanen und liberalen Rechtsstaat hält.

„Keinerlei BEREITSCHAFT, sich gegenüber NS-Deutschland abzugrenzen“

AFD-Chefin Weidel will am Jahrestag des Kriegsendes „die Niederlage des eigenen Landes nicht befeiern“. Historiker Jens-Christian Wagner wirft ihr Geschichtsrevisionismus und Schuldumkehr vor



PICTURE ALLIANCE/DPA/ZENTRALBILD/MARTIN SCHÜTT

dass es „wahrlich keinen Grund“ gebe, sich an diesem Tag „an Siegesfesten zu beteiligen“.

Das gehört zu den Ambivalenzen in der Rede Weizsäckers und war sicherlich auch eine Brücke, die er denen bauen wollte, die seinem Narrativ von der Befreiung kritisch gegenüberstanden. Zudem sprach er ja von Befreiung, nicht vom Sieg. Das wäre die Perspektive der Alliierten, die er begründet nicht übernehmen wollte.

union wurden unfassbare Verbrechen begangen. Das ist der Ausgangspunkt all dessen, was danach passiert ist. Natürlich arbeiten wir in der Gedenkstätte Buchenwald auch die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald auf, das von 1945 bis 1950 existierte und in dem sowjetisches Unrecht stattgefunden hat.

Bereits im Jahr 2017 beklagte Weidel einen „Schuldult“. Die „Gräuelt-

union wurden unfassbare Verbrechen begangen. Das ist der Ausgangspunkt all dessen, was danach passiert ist. Natürlich arbeiten wir in der Gedenkstätte Buchenwald auch die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald auf, das von 1945 bis 1950 existierte und in dem sowjetisches Unrecht stattgefunden hat.

Bayern-SPD wusste vorab von Flugblatt-Recherche

Ein Lehrer soll das Aiwanger-Papier an die Presse gegeben haben. Nun kommt heraus, dass auch führende Kräfte der Bayern-SPD früh von der Sache wussten

Als die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) am 25. August um 18 Uhr mit ihrer Recherche zu einem antisemitischen Flugblatt und Freiwähler-Chef Hubert Aiwanger an die Öffentlichkeit ging, dauerte es bis zur ersten Wortmeldung der Bayern-SPD nicht lange.

VON ULRICH KRAETZER UND TIM RÖHN

„Das Flugblatt ist Rechtsextremismus der untersten Schulstufe“, ließ der Vorsitzende der bayerischen SPD-Fraktion, Florian Brunn, in einer am Morgen darauf veröffentlichten Pressemitteilung verlauten: „Es ist unvorstellbar, dass ein Verfasser derartiger Zeilen in Bayerischen Landtag sitzt oder auch nur einen Tag länger ein öffentliches Amt in unserem Land bekleidet.“ Unter den Politikern, die Aiwanger seit Beginn der Affäre attackierten, reihte sich von Brunn in der ersten Reihe ein. Einmal sagte er: „Was ans Licht gekommen ist, hat dem Freistaat Bayern schwer geschadet.“ Dann twitterte von Brunn: „Bayern braucht keinen Rechtspopulisten wie Hubert Aiwanger, der Grenzen verschiebt!“ Und

am 4. September griff er beim politischen Schlagabtausch der Parteien auf dem Gilmanns sogar zu einem Sophie-Scholl-Vergleich. Die Widerstandskämpferin habe Flugblätter gegen die Nazis verteilt und sei dafür hingerichtet worden: „Und Hubert Aiwanger hatte in seiner Tasche Flugblätter, in denen tapfere Frauen wie Sophie Scholl verhöhnt wurden.“

Schärfer als von Brunn ging niemand kaum jemand mit Aiwanger ins Gericht. Der wiederum weigert sich bis heute, konkret Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen und verweist auf Erinnerungslücken. Erinnerungslücken, die es bei Darstellungen, wonach er „einige oder wenige“ Exemplare des Flugblatts in seinem Schulranzen hatte, bemerkenswerterweise nicht gibt. Aiwanger konzentriert sich darauf, sich in der Öffentlichkeit als Opfer einer Kampagne darzustellen. WELT sagte er Ende August: „Ich bin überzeugt davon, dass die ‚SZ‘, womöglich mit Hilfe anderer Kreise, von langer Hand geplant hatte, mich massiv zu beschädigen und politisch zu vernichten.“ Damit habe man die Freien Wähler schwächen und Stimmen auf andere Parteien steuern wollte.

Belege für diese These lieferte Aiwanger nicht. Doch tatsächlich scheint sein Narrativ eines Komplotts zu bei den Wählern zu verfangen. In Umfragen kletterte seine Partei auf Höchstwerte um die 16 Prozent. Die Versuche der SPD dagegen, vor der Landtagswahl am 8. Oktober die Aiwanger-Welle zu reiten, scheiterten – die Partei rutschte vorerst in die Einstelligkeit. Befeuert wurde Aiwangers Erzählung von einer Kampagne dabei ausgerechnet von der „SZ“ selbst. Diese hatte öffentlich gemacht, dass ein ehemaliger Lehrer Aiwangers den entscheidenden Hinweis auf das Flugblatt gegeben hatten. Kurz darauf hatten andere Medien den mutmaßlichen Tipgeber der Zeitung identifiziert. Dieser, ein Mann namens Franz G., war 2020 zur Gemeindevahl in Mallersdorf-Pfaffenberg angetreten – für die SPD. Und auf öffentlich zugänglichen Fotos ist er mit Ruth Müller zu sehen, seit 2013 SPD-Landtagsabgeordnete und seit Januar dieses Jahres Generalsekretärin der Bayern-SPD.

Das wirft Fragen auf: In welchem Verhältnis steht Müller zu dem Lehrer? Was wusste sie – und die SPD-Fraktion

– vor Veröffentlichung von dem Flugblatt? Legte die Partei G. womöglich gar eine Weitergabe der brisanten Information an Medien nahe? WELT hat diese Fragen an Müller gerichtet – und erstaunlich umständliche Antworten erhalten. So meldete sich am vergangenen Freitag eine Pressesprecherin – um mitzuteilen, dass Müller die Anfrage ablehnt und sie selbst bloß „unter drei“, also nicht zitierbar, etwas sagen könne. Weil die Aussagen wenig schlüssig waren und ganz neue Fragen aufwarfen, fragte WELT erneut schriftlich bei der Bayern-SPD an: Wann fuhr Müller von der Existenz des Flugblatts? Wie bewertete sie das Papier? Wie viele Gespräche über dieses Flugblatt gab es mit dem Lehrer? Wann wurde die mögliche Zusendung des Flugblatts an Medien zum ersten Mal Thema? Wessen Idee war es, das Flugblatt weiterzuleiten? Und: Was wusste von Brunn?

Die Sprecherin teilt gleich zu Beginn ihrer E-Mail mit: „Frau Müller kennt Herrn G. (Anonymisierung durch Redaktion) seit mehreren Jahren durch ihr Engagement für die Erinnerungskultur und Veranstaltungen zu diesem Thema,

So will der Westen die Macht Chinas brechen

Gemeinsames Projekt von USA, EU und Golf-Arabern

Wo die Relevanz eines Projektes derart lautstark verkündet wird, mag man erst recht skeptisch werden. „Das ist eine große Sache, eine wirklich große Sache“, sagte US-Präsident Joe Biden am Samstag über den geplanten Handels- und Infrastruktur-Korridor zwischen Indien, dem Nahen Osten und Europa. Der indische Premier Narendra Modi bezeichnet das Projekt als „Leuchtturm der Kooperation, Innovation und des gemeinsamen Fortschritts“ und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von einer „grünen und digitalen Brücke über Kontinente und Zivilisationen hinweg“.

VON DANIEL-DYLAN BÖHMER

Konkret soll der Korridor aus verbesserten Schienennetzen, Schiffahrtsverbindungen und Unterseekabeln zwischen den drei Regionen bestehen. Nicht nur Indien, Amerikaner und Europäer wollen investieren, sie arbeiten für das Projekt auch mit Saudi-Arabien, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten zusammen. Saudi-Arabien will 20 Milliarden Dollar für den Korridor spendieren, die Details sollen erst im Laufe der nächsten zwei Monate ausgehandelt werden. Doch wenn der Westen und seine Verbündeten wirklich mit der Neuen Seidenstraße konkurrieren wollen, dann brauchen sie sehr viel Geld. Der neue Korridor ist Teil des Investitionsprogramms Partnership for Global Infrastructure and Investment (PGII) der G 7. Mit der Initiative wollen die sieben großen Industrienationen, die allesamt westlich orientiert sind, ein Gegengewicht zu Chinas Seidenstraßenprogramm anbieten, mit dem Peking seit mehr als zehn Jahren Infrastrukturen in Schwellen- und Entwicklungsländern errichtet und sich nebenbei erheblichen Einfluss erkaufte. Das Konkurrenzprogramm der G 7 soll vieles besser machen als die Seidenstraße: Fördern will man ausschließlich Projekte, die ökologisch, sozial und nach Maßstäben guter Regierungsführung vertretbar sind. Und anders als beim chinesischen Programm sollen keine Staaten in die Schuldenfalle getrieben werden.

In den nächsten fünf Jahren soll PGII eine Größenordnung von 600 Milliarden Dollar haben, die aber zu mehr als der Hälfte bei privaten Investoren eingeworben werden sollen. Darum ist noch völlig unklar, ob diese Summe tatsächlich zusammenkommt. Immerhin: Rechnet man den Betrag der Global Gateway Initiative, der Seidenstraßen-Alternative der EU im geplanten Volumen von 300 Milliarden Euro, dazu, dann ergeben beide zusammen eine Summe von 900 Milliarden Euro – und damit in etwa so viel, wie China mit der Neuen Seidenstraße in den vergangenen zehn Jahren investiert hat. Aber das strategische Signal des neuen Korridors spielt die wesentlich wichtigere Rolle. Das wahrscheinlich wichtigste Signal: Jene einst westlich orientierten Staaten, die sich in den vergangenen Jahren scheinbar China und Russland angenähert haben, sind für den Westen keines-

wegs verloren. Saudi-Arabien und die Emirate arbeiten seit einiger Zeit intensiv an vertieften Beziehungen zur Volksrepublik. Sie erhalten Investitionen aus China, aber auch Geschenke, die etwa die USA ausdrücklich verweigern – etwa Kooperation beim Aufbau eigener Atomprogramme, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Das neue Megaprojekt mit Europäern und Amerikanern zeigt aber, dass die Golf-Araber nicht einfach die Seiten gewechselt haben, und auch, dass sich Indien keineswegs in einen chinesisch dominierten Gegenpol zum Westen einordnen wollen. Vielmehr kaufen diese Staaten als Mittelmächte in einer multipolaren Welt Kontakte und Verknüpfungen dort ein, wo sie besonders günstig erscheinen. Und da hat der Westen immer noch einiges zu bieten.

Die andere Erkenntnis: In der Auseinandersetzung der Machtpole bleibt der Nahe Osten ein zentrales Schlachtfeld. Da der islamistische Terrorismus entscheidend geschwächt ist, die arabischen Diktaturen stabilisiert sind und die Bedeutung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas abnimmt, sahen manche Beobachter die Bedeutung des erweiterten Nahen Ostens zurückgehen. US-Präsident Barack Obama verkündete gar den sogenannten Pivot to Asia, den Schwenk nach Asien. Dass sich die Supermacht künftig mehr auf den Osten des Riesenkontinents konzentrieren wollte, hing mit Chinas wachsender Macht zusammen und implizierte einen teilweisen Rückzug aus dem Nahen Osten. Doch nun kommt es anders. Zwar hält Biden am Schwenk fest. Doch der Kampf um die Weltherrschaft findet einseitig nicht vor Chinas Haustür statt, sondern in jener Region, die quasi das Scharnier zwischen Asien, Europa und Afrika bildet – im Nahen Osten.

Das lässt sich nicht nur am neuen Korridor ablesen. Auch bei der Erweiterung der Brics-Staatengruppe, die China zum Weltbündnis gegen den Westen ausbauen will, wurden vor allem nahöstliche Staaten zugelassen – Ägypten, Saudi-Arabien, der Iran und die Emirate. Und mit seiner Vermittlerrolle in der Wiederannäherung zwischen Saudis und Iranern hat sich China auf sein weltweit wohl wichtigstes, aber auch riskantestes Manöver der vergangenen Jahre eingelassen. Dass der Nahe Osten trotz des Aufstiegs Asiens so bedeutsam ist, hat viele Gründe. Zum einen werden fossile Brennstoffe noch über Jahrzehnte die günstigere Alternative zu grünen Energien sein, und auch bei Letzteren ist der Nahe Osten bedeutsam, etwa mit seiner Investition in grünen Wasserstoff. Zum anderen wird die geografische Lage der Region nicht verschwinden. Durch sie verlaufen alle Handelsrouten zwischen Europa und Ostasien, zwei Regionen, die gemeinsam fast Dreiviertel des globalen Handelsvolumens erzielen. Hinzu kommt, dass insbesondere die Golf-Araber ihre Öl-Milliarden klug investiert haben. An den Finanzmärkten der Welt sind sie bedeutende Mächte. Und sie sind politisch agiler als andere Staaten der Erde.



Der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl: Florian von Brunn

an denen beide teilgenommen haben.“ Darunter seien zum Teil auch Veranstaltungen der lokalen SPD gewesen. G., so die Sprecherin, sei „weder Mitglied der SPD noch ein ‚aktiver SPD-Lokalpolitiker‘“. Und die Sache mit dem Flugblatt? „Frau Müller wurde – wie auch andere Politiker – von Herrn G. informiert, dass die ‚SZ‘ in der Sache recher-

chiert. Im Anschluss hat Frau Müller Herrn von Brunn über die Angelegenheit in Kenntnis gesetzt. Von wem die SZ die Informationen bekommen hatte, ist uns nicht bekannt.“

Konkrete Antworten auf die Fragen von WELT waren das nicht, bloß die Bestätigung, dass das Flugblatt schon vor der ersten Veröffentlichung in der SPD Thema gewesen sein muss. Diese Zeitung bat die Bayern-SPD am Samstag abermals um Antworten auf die gestellten Fragen – per E-Mail und SMS. Diese Anfrage ignorierte die Partei. Und von Brunn – würde er, bislang in der Causa Aiwanger sehr redselig, ein Gespräch führen? Kein Kommentar, bloß ein Anruf der Pressestelle: Auch von Brunn stehe für ein Gespräch nicht zur Verfügung. Franz G. sagte am Montagmorgen, er gebe „keine Auskunft“.

Waren Parteispitzen der bayerischen SPD bei den Medienrecherchen zu dem antisemitischen Flugblatt aktiv involviert, weil sie aus der Affäre politische Kapital schlagen wollten? Bislang haben die Sozialdemokraten diesen Vorwurf nicht ausgeräumt. All das dürfte am ehesten einen freuen: Hubert Aiwanger.